

## Konjunkturlage in Deutschland

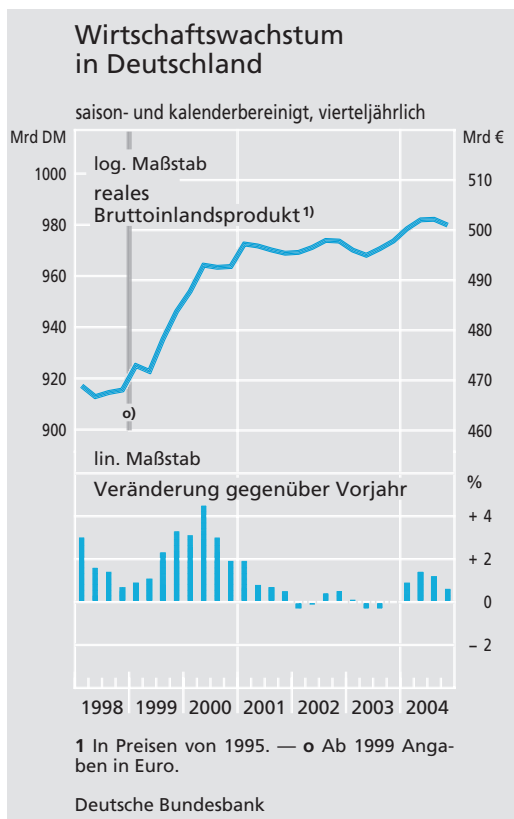
### Grundtendenzen

---

Die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in konjunktureller Hinsicht nicht weiter vorangekommen. Damit befindet sie sich seit dem Sommer 2004 praktisch in einer zyklischen Seitwärtsbewegung. Nach den jüngsten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal, schaltet man die üblichen saisonalen Schwankungen und den Einfluss der in diesem Jahr vergleichsweise hohen Zahl von Arbeitstagen aus, um 0,2 % gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatsabschnitt ab. Dabei wird der im langjährigen Durchschnitt ermittelte Einfluss zusätzlicher Arbeitstage auf die Produktion angesetzt. Denkbar ist aber, dass der (nicht direkt messbare) tatsächliche Arbeitstageeffekt im vierten Quartal 2004 geringer ausgefallen ist, als es nach Maßgabe des mehrjährigen Mittelwerts zu erwarten gewesen wäre. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die zusätzlichen Arbeitstage in die weihnachtliche Urlaubsphase fielen.

*Konjunktur in  
Seitwärts-  
bewegung*

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Anstieg um 0,6 %, nach 1,2 % im Sommer. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass im Berichtszeitraum 2 ½ Arbeitstage mehr als im Vorjahr zur Verfügung standen und deshalb die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden höher ausfiel, beträgt der Zuwachs 1,5 %. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der VGR für das Jahr 2004 sind etwas ungünstiger als nach der ersten Meldung des Statistischen Bundesamtes von Mitte Januar dieses Jahres. Das jahresdurchschnittliche Wachstum des BIP beläuft



sich nunmehr kalenderbereinigt auf 1,0% beziehungsweise 1,6% in der Berechnungsweise nach Ursprungswerten.

#### Außenwirtschaftliche Störeinflüsse

Die Stockung im konjunkturellen Erholungsprozess liegt sicherlich zunächst daran, dass der weltwirtschaftliche Wachstumskurs seit der Jahresmitte 2004 flacher geworden ist und die mit der Aufwertung des Euro einhergehende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dämpfend wirkte. Die Exporte, bislang Hauptantriebskraft der gesamtwirtschaftlichen Produktionszunahme, erwiesen sich nun als offene Flanke der Konjunktur. Zudem belastete die von den internationalen Rohölmärkten verursachte Energieverteuerung die Inlandsnachfrage und hier vor allem den privaten Konsum. Das Zusammentreffen von Ölpreis- und Aufwertungs-

effekten hat aber auch deshalb deutliche Spuren im gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozess hinterlassen, weil der Binnenkonjunktur der Durchbruch bisher nicht gelungen ist. Insofern befindet sich die deutsche Wirtschaft auch nach eineinhalb Jahren noch in der Anfangsphase einer konjunkturellen Erholung. Trotz der außenwirtschaftlichen Störeinflüsse haben sich die Stimmungslage der gewerblichen Unternehmen und das Konsumklima der privaten Haushalte in letzter Zeit aber etwas verbessert. Offensichtlich teilen viele Investoren und Verbraucher die Einschätzung, dass die derzeitige konjunkturelle Seitwärtsbewegung im Laufe dieses Jahres wieder in einen Wachstumsprozess einmünden wird.

Allerdings zeigt die Entwicklung im vierten Quartal auch, dass die Wirtschaft ohne Schwung in das neue Jahr gegangen ist. Dies gilt für alle wichtigen Nachfrageaggregate und Wirtschaftsbereiche. Da die Industrie in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zur Schwäche neigte, dürften die wieder etwas höheren Exportlieferungen zu einem Großteil aus Vorratsbeständen stammen. Die Aufwendungen für Maschinen und andere Ausrüstungsgüter könnten nach dem kräftigen Anstieg im dritten Quartal zuletzt wieder niedriger gewesen sein. Bei den Bauten wirkten umfangreiche und in manchen Regionen weiter steigende Leerstände anhaltend dämpfend. Die im vierten Quartal üblichen witterungsbedingten Produktionseinschränkungen sind in diesem Jahr aber wohl vergleichsweise gering ausgefallen. Die Käufe der privaten Haushalte beim Einzelhandel hielten sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres weiterhin in Grenzen. Ein

*Schwaches  
Nachfrageprofil*

guter Auftakt im Oktober wurde durch einen deutlichen Rückgang im Folgemonat wieder zunichte gemacht, und auch das Weihnachtsgeschäft brachte keine Wende. Allerdings hat sich die Zurückhaltung beim Kauf von Kraftfahrzeugen, die im dritten Quartal deutlich zu spüren gewesen war, im Herbst vergangenen Jahres nicht fortgesetzt. Im Durchschnitt des vierten Quartals erhöhten sich vielmehr die Zulassungen saisonbereinigt um nicht weniger als 21½% auf einen seit Jahren nicht mehr erreichten Höchststand. Zudem haben die Käufe von Mineralölprodukten, speziell Heizöl, zugenommen, nachdem sie zuvor auf Grund der steigenden Preise vielfach zurückgestellt worden waren. Insgesamt kam es daher in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zu einem leichten Anstieg des privaten Verbrauchs. Eine nachhaltige Zunahme der Konsumbereitschaft kann daraus aber noch nicht abgeleitet werden.

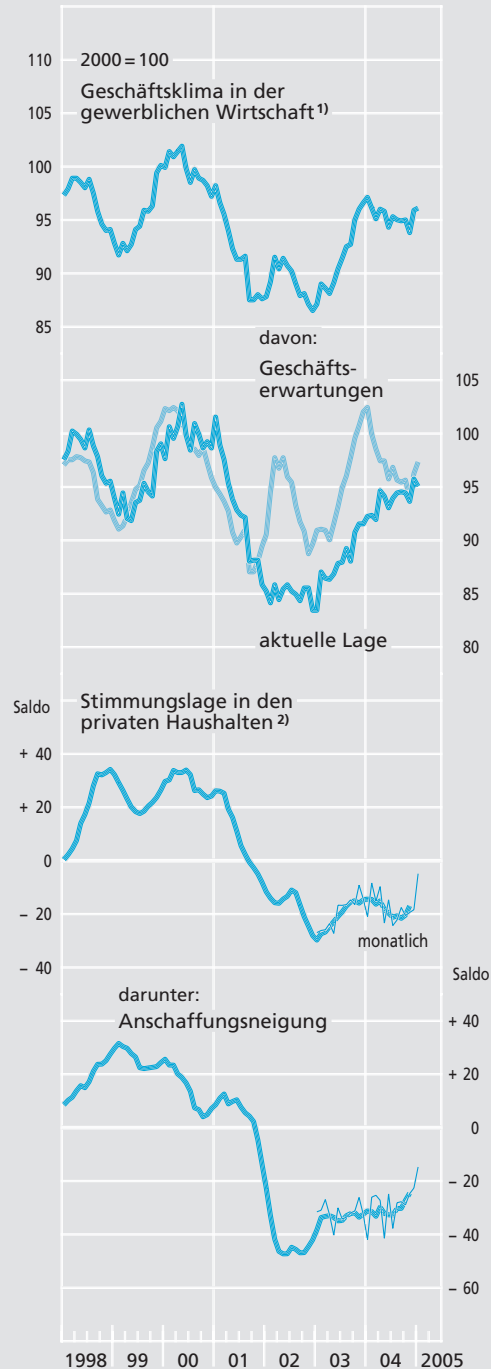
### Produktion und Arbeitsmarkt

#### Eintrübung in der Industrie

Die Geschäftslage in der Industrie hat sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres konjunkturell etwas eingetrübt. Schaltet man die jahreszeitlichen Schwankungen aus und berücksichtigt die recht hohe Zahl von Arbeitstagen, so verringerte sich die Produktion im Mittel des vierten Quartals um ½% im Vergleich zu den Sommermonaten. Der Anstieg der Erzeugung gegenüber dem Vorjahr, der im dritten Vierteljahr 5% betragen hatte, ging auf 1½% zurück. Folgt man den Umsätzen, so waren Inlands- und Auslandslieferungen nahezu gleichermaßen betroffen.

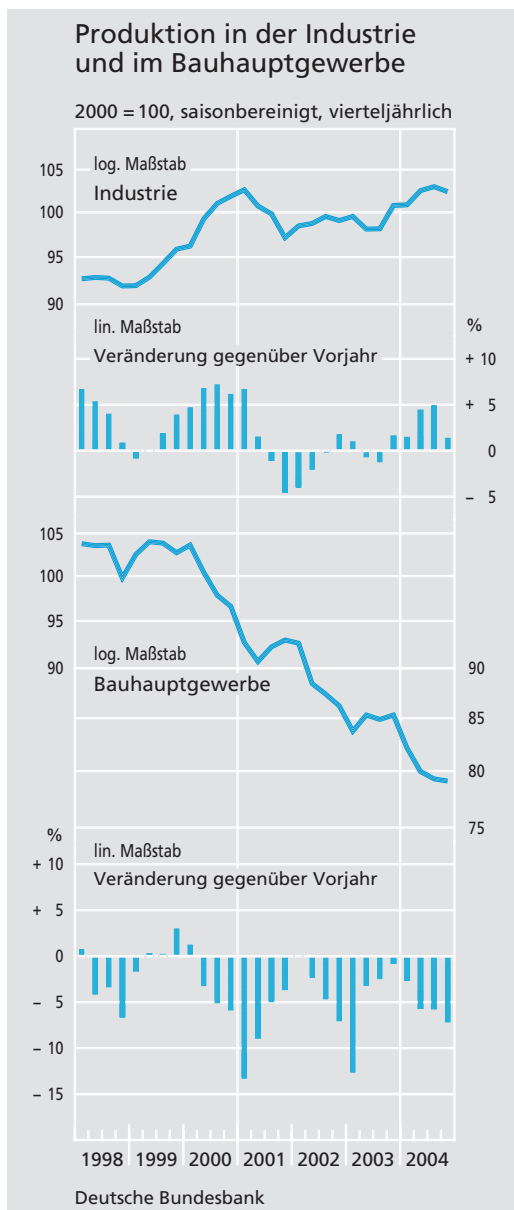
### Stimmungslage in der gewerblichen Wirtschaft und in den privaten Haushalten

saisonbereinigt, monatlich



1 Quelle: ifo Institut. — 2 Nach Angaben der GfK. Gleitende Fünfmonatsdurchschnitte.

Deutsche Bundesbank



Die konjunkturell ruhige Gangart betraf sowohl den Investitionsgüter- als auch den Konsumgüterbereich. Bei den Investitionsgütern schlugen die Einschränkungen im Maschinen- und Kraftfahrzeugbau sowie bei Telekommunikationseinrichtungen zu Buche. Bei den Gebrauchsgütern war die Entwicklung in den wichtigen Zweigen Unterhaltungselektronik und Möbelherstellung recht ungünstig. Gut behauptet haben sich dagegen die Produzen-

ten von Vorerzeugnissen. Eine vergleichsweise schwache Entwicklung beispielsweise in der Glas- und Keramiksparte oder für Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung wurde durch anhaltende Produktionserhöhungen in der chemischen Industrie wie auch der Stahlerzeugung mehr als ausgeglichen.

In der Bauwirtschaft hat sich die Geschäftsentwicklung in den letzten Monaten des vergangenen Jahres nicht weiter verschlechtert. Saisonbereinigt hielt sich die Produktion des Bauhauptgewerbes im vierten Quartal weitgehend auf dem Niveau der vorangegangenen Monate. Dies ist jedoch angesichts der anhaltend rückläufigen Nachfrage noch kein Zeichen für eine Konsolidierung. Vielmehr hat insbesondere die vergleichsweise milde Witterung Anfang Dezember die Fortführung der Arbeiten in einem größeren Umfang erlaubt. Das im vierten Quartal mit 7 ¼% noch vergrößerte Minus gegenüber der Vergleichszeit von 2003 zeigt, wie ungünstig die Lage der Bauwirtschaft nach wie vor ist. Dies gilt insbesondere für den Hochbau. Hier ist die Produktion saisonbereinigt in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres weiter rückläufig gewesen. Dies dürfte zu einem guten Teil mit den erneut verringerten Wohnungsbauaktivitäten zusammenhängen, doch haben die zunehmenden Leerstände sicherlich auch bei Bürogebäuden zu einer Einschränkung des Bauvolumens beigetragen. Stärker profitiert von den recht milden Temperaturen hat der Tiefbau, der sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Aufträgen speist. Hier hat sich die Produktion im vierten Quartal sogar etwas erhöht. Die Geschäftstätigkeit im Ausbauge-

*Bauproduktion weiterhin schwach*

werbe dürfte wegen der engen Bindung an den Hochbau eher negativ gewesen sein. Bereits im dritten Quartal waren dort die geleisteten Arbeitsstunden mit – 8 % stärker als zuvor hinter dem Vorjahrsniveau zurückgeblieben. Ähnliches ist für die letzten Monate des vergangenen Jahres zu erwarten, für die aber noch keine statistischen Angaben vorliegen.

*Ungünstige  
Entwicklung  
im Handel*

Die Lage im Handel blieb auch gegen Jahresende 2004 ungünstig. Das preisbereinigte Umsatzniveau des Vorjahres wurde weiter deutlich unterschritten. Immerhin hat sich der Rückgang im Großhandel nicht mehr verstärkt. Maßgeblich hierfür war, dass die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der letzten Zeit besser liefen und auch bei Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen Umsatzausweitungen erzielt wurden. Dies hat die unverändert schwache Entwicklung bei Lebensmitteln und Genusswaren und die Verschlechterung im Bereich Maschinen und Ausrüstungen, die in Zusammenhang mit der stockenden Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft stehen dürfte, weitgehend kompensiert. Im Einzelhandel (ohne Kfz und Tankstellen) ist das Minus gegenüber den Vorjahrsumsätzen zuletzt eher größer geworden. Insbesondere die Verkäufe von Unterhaltungselektronik sowie Büchern und Zeitschriften blieben schwach. Nach den jüngsten Umfragen bei den Verbrauchern hat sich zwar die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen etwas erhöht, insgesamt waren die Haushalte aber nach wie vor eher zurückhaltend. Die Situation des Gastgewerbes, wo im Herbst 2004 die zuvor erkennbare allmähliche Erholung unterbrochen worden war, hat sich gegen Jahresende wieder etwas aufgehellt. Dies

gilt insbesondere für die Beherbergungsunternehmen. Hier übertraf das Umsatzvolumen zuletzt wieder das Vorjahrsergebnis. In den Restaurantbetrieben war demgegenüber unverändert ein deutliches Minus zu verzeichnen.

Bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat sich im Einklang mit der konjunkturellen Abflachung im Produzierenden Gewerbe manche für die letzten Monate des vergangenen Jahres gehegte Erwartung nicht erfüllt. Vielmehr ging nach den Umfragen des ZEW das deutliche Übergewicht der Firmen, die im Sommer noch von einer positiven Entwicklung der Umsätze berichtet hatten, nahezu vollständig verloren. Nicht zuletzt im EDV-Bereich sowie bei den Telekommunikationsunternehmen gewannen im vierten Quartal die pessimistischen Meldungen deutlich die Oberhand. In den Architekturbüros ist die Hoffnung auf eine Besserung der Lage weitgehend geschwunden. Dies konnte durch günstigere Entwicklungen bei den Firmen der Unternehmensberatung und in der Werbung nicht aufgefangen werden.

*Eintrübung bei  
unternehmens-  
nahen  
Dienstleistern*

Der Arbeitsmarkt stand gegen Jahresende weiterhin im Zeichen eines Anstiegs der Beschäftigung, aber gleichzeitig auch der Arbeitslosigkeit. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Dezember 2004 saisonbereinigt auf fast 38,6 Millionen erhöht. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Ende des dritten Quartals um etwa 80 000 und innerhalb der letzten zwölf Monate um rund 290 000 Personen oder 0,8 %. Während die Beschäftigung in der Industrie und der

*Anhaltender  
Anstieg der  
Beschäftigung*

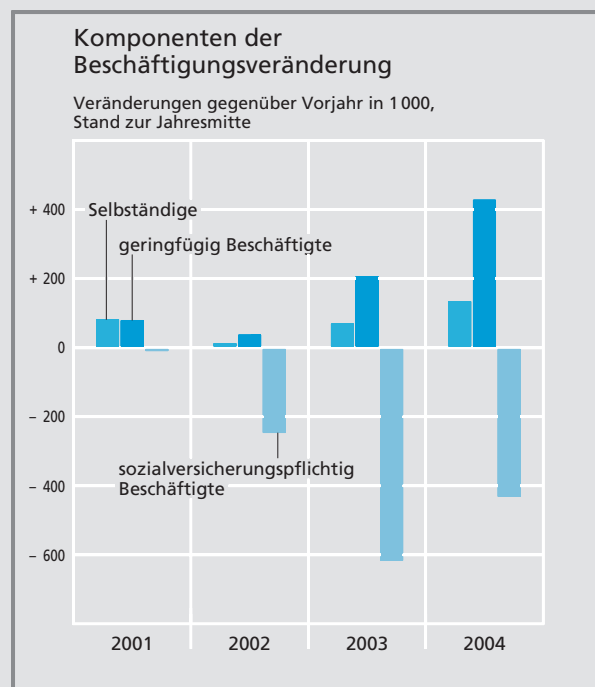
## Starkes Vordringen der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse

Mit Wirkung vom 1. April 2003 wurden im Rahmen des so genannten Hartz-II-Gesetzes auch neue Regelungen für die geringfügigen (und kurzfristigen) Beschäftigungsverhältnisse eingeführt. So stieg die Verdienstgrenze von 325 € auf 400 € monatlich. Zugleich entfiel die Begrenzung der Arbeitszeit auf wöchentlich höchstens 15 Arbeitsstunden. Das Entgelt der Arbeitnehmer ist von Abgaben befreit. Die Arbeitgeber zahlen einen Pauschalsatz von 25 % des Verdienstes für die Sozialversicherungsbeiträge und die Einkommensteuer. Jeder sozialversicherungspflichtige Beschäftigte kann abgabenfrei einen Nebenjob ausüben. Für beschäftigte Personen in privaten Haushalten ermäßigt sich der Abgabensatz auf 12 %; der Arbeitgeber erhält einen zusätzlichen Steuerfreibetrag von 10 % der entstandenen Kosten bis zu einer Steuerersparnis von maximal 510 €. Ein einfaches Meldeverfahren bei der Bundesknappschaft erleichtert die Einrichtung entsprechender Arbeitsplätze.

Die Neuordnung der Minijobs hat die Attraktivität geringfügiger Beschäftigungen erheblich erhöht. Insbesondere die hohe zeitliche Flexibilität, aber auch Spielräume bei der Entlohnung und einfache Verwaltungsvorgänge bei den amtlichen Meldungen haben die Nachfrage stimuliert. Hinzu kommt eine breite regionale Verfügbarkeit. Schon in den neun Monaten bis Ende 2003 hatte die Zahl der geringfügig Beschäftigten um etwa 700 000 auf etwa sechs Millionen zugenommen. Im Laufe des Jahres 2004 kamen schätzungsweise 900 000 hinzu, so dass die Gesamtzahl auf nahezu sieben Millionen gestiegen ist. Rund ein Viertel davon übte bereits eine voll sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung aus, arbeitete auf der geringfügig entlohnten Stelle also in einem Nebenjob. Rund 1 ½ % waren in einem privaten Haushalt angestellt.

Da es gleichzeitig mit der kräftigen Zunahme der geringfügigen Beschäftigungen zu einem deutlichen Abbau der voll sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit gekommen ist, wird oft vermutet, dass in vielen Fällen

1 Vgl.: Mini- und Midijobs in Deutschland, Sonderbericht 2004.



eine Aufspaltung und Umwidmung von Vollzeitarbeitsplätzen stattgefunden hat. Immerhin ist die Zahl der normal Sozialversicherungspflichtigen von März bis Ende 2003 um 450 000 gesunken, im Laufe des Jahres 2004 belief sich der Rückgang auf etwa 300 000. Betrachtet man die Entwicklungen nach Wirtschaftszweigen, so stützen speziell die Beschäftigungsveränderungen im Gastgewerbe und beim Einzelhandel die Substitutionsthese. In beiden Wirtschaftszweigen war der kräftige Ausbau der geringfügigen Beschäftigungen von deutlichen Verringerungen der „Normal“-Beschäftigungen begleitet. Auf der anderen Seite wurden nicht zuletzt bei den unternehmensnahen Dienstleistern sowie im Gesundheitswesen beide Beschäftigungskategorien merklich aufgestockt. Ein ähnliches Nebeneinander wird in einer Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit<sup>1)</sup> auf der Basis von Betriebsdaten erkennbar. So stand in rund 180 000 Betrieben einem Rückgang der Zahl der Sozialversicherungspflichtigen im Zeitraum März 2003

bis März 2004 um gut eine halbe Million ein Zuwachs bei den Minijobs von knapp 400 000 gegenüber. Nicht gering sind andererseits aber auch die Fälle, bei denen beide Beschäftigungsarten zunahm oder der Anstieg der voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer von einem Rückgang der geringfügig Beschäftigten begleitet war. Stellt man auf die Gruppe der Arbeitnehmer ab, so sind mit knapp 450 000 nahezu gleich viele Personen von einer geringfügigen in eine „normale“ Beschäftigung gewechselt wie umgekehrt. Als Fazit der vorliegenden Untersuchung kann festgehalten werden, dass es teilweise zu Austauschprozessen zwischen den jeweiligen Beschäftigungsformen gekommen ist. Größer aber war wohl die Zahl der Fälle, bei denen neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen wurden.

Der Frage nach der Eingliederung von ehemals Arbeitslosen in eine geringfügige Beschäftigung ist eine Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts (RWI)<sup>2)</sup> nachgegangen. Danach waren rund 15 % der Erwerbstätigen in Minijobs vor der Aufnahme der geringfügigen Beschäftigung arbeitslos gewesen. Da aber zumeist die für ein Ausscheiden aus der amtlichen Zählung notwendige Zahl von 15 Wochenstunden nicht erreicht wird, bleiben die Personen in der Regel arbeitslos gemeldet. Lediglich 3 % aller geringfügig Beschäftigten überschreiten die statistische Grenze. Bei großen Unterschieden im Einzelnen beträgt die wöchentliche Arbeitszeit im Mittel etwas weniger als zehn Stunden. Der recht geringe Anteil jener „Mini-Jobber“, die früher arbeitslos waren, erklärt sich daraus, dass zwei Fünftel der vom RWI befragten Personen zuvor Hausfrau/-mann gewesen waren und etwa ein weiteres Viertel eine Rente bezog oder in Ausbildung stand. Der überwiegende Teil der geringfügig Beschäftigten kommt damit aus der so genannten Stillen Reserve beziehungsweise einem ausweiteten Erwerbspersonenpotential.

Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung dürfte auch zu einem Abbau der Schwarzarbeit beige-

<sup>2</sup> Vgl.: Aspekte der Entwicklung der Minijobs, Gutachten im Auftrag der Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft 2004. — <sup>3</sup> Enthält auch

## Veränderungen von sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigten

März 2003 bis März 2004, in 1 000

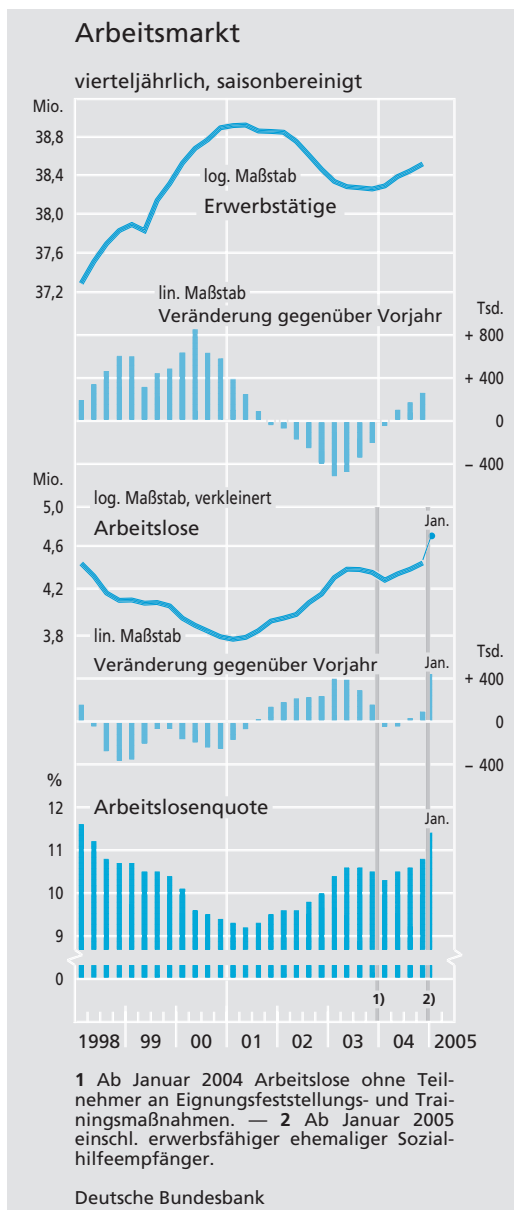
Kategorie	Veränderung	Zahl der Betriebe	Sozialversicherungspflichtige A	Geringfügig Beschäftigte B
A B	– +	182	– 558	+ 379
A B	+ <sup>3)</sup> +	278	+ 532	+ 538
A B	+ <sup>3)</sup> – <sup>3)</sup>	1 283	+ 937	– 320
A B	– – <sup>3)</sup>	404	– 1 829	– 281
Zuordnung nicht möglich <sup>4)</sup>		646	+ 354	+ 207
insgesamt		2 793	– 564	+ 523

tragen haben. Hierfür sprechen zumindest die Meldungen aus den Privaten Haushalten. Am Haushaltsscheckverfahren waren zu Ende des dritten Quartals 2004 knapp 90 000 „Mini-Jobber“ beteiligt. Das waren rund 60 000 mehr als im Juni 2003, als die statistische Erfassung begann.

Die bislang vorliegenden Ergebnisse erlauben nur eine erste Bewertung eines Teils des gesamten Reformpakets. Insgesamt fällt der Befund recht differenziert aus und kann keineswegs im Sinne eines Scheiterns des Reformansatzes interpretiert werden. Vielmehr lässt sich der Minijob-Boom als Aufforderung verstehen, auch die Kernbereiche des Arbeitsmarktes stärker zu flexibilisieren. Wichtig ist zudem, dass die Minijobs einen verstärkten Beitrag zur Integration von Arbeitslosen leisten. Eine weniger restriktive Gestaltung der Anrechnungspraxis, die für die Empfänger von Arbeitslosengeld II den Anreiz zur Aufnahme eines Minijobs – insbesondere im Vergleich zu den „Ein-Euro-Jobs“ – erhöht, wäre deshalb angezeigt.

die Fälle ohne Veränderung — <sup>4</sup> Betriebe, die entweder im März 2003 oder im März 2004 keine Beschäftigten hatten.





Bauwirtschaft bis zuletzt rückläufig war – wenn auch mit abnehmender Tendenz –, ist sie im Dienstleistungssektor verstärkt angestiegen. Im Mittelpunkt standen dabei die der gewerblichen Wirtschaft zuarbeitenden Dienstleister sowie die in den privaten Haushalten beschäftigten Arbeitnehmer. Hierbei dürfte es sich überwiegend um geringfügige Beschäftigungen handeln. Diese sind in den letzten Monaten wahrscheinlich erneut aus-

geweitet worden. Am Jahresende 2004 dürften insgesamt rund 8 ½ Millionen solcher Arbeitsverhältnisse bei der Bundesknappschaft gemeldet gewesen sein. Daneben wurde der Anstieg der Erwerbstätigkeit auch von ehemals Arbeitslosen gestützt, die sich mit finanzieller Hilfe der Arbeitsverwaltung unter anderem in der Form von Ich-AGs selbständig gemacht haben. Die dabei gezahlten Existenzgründungszuschüsse wurden nahezu 225 000 Personen gewährt, Überbrückungsgeld erhielten im Dezember 90 000 Personen. Darüber hinaus sind vermehrt Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. Ein-Euro-Jobs) entstanden. Die Zahl der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, die stärker von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt wird, ist dagegen bis zuletzt rückläufig gewesen. Immerhin hat sich hier der Abbau abgeschwächt. Im November, bis zu dem die statistischen Angaben gegenwärtig reichen, wurde der Vorjahrsstand noch um reichlich 1% unterschritten, was mehr als 300 000 Arbeitnehmern entspricht. Mitte 2004 hatte die Abnahme noch 1,6% beziehungsweise 430 000 Personen betragen.

Die in der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erkennbare konjunkturell ungünstige Arbeitsmarktlage dürfte dazu beigetragen haben, dass die Arbeitslosigkeit auch im Herbst vergangenen Jahres zugenommen hat. Ende Dezember übertraf die Zahl der Betroffenen nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit saisonbereinigt den Stand vom September um gut 40 000. Maßgeblich für den starken Anstieg im Januar 2005 um saisonbereinigt

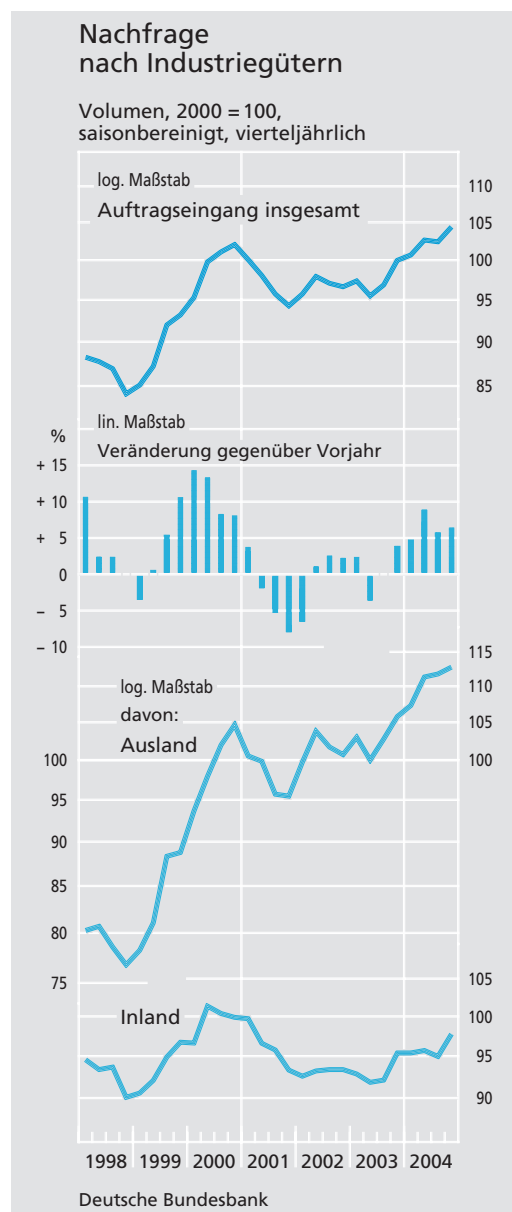
*Stetige  
Erhöhung der  
Arbeitslosigkeit*



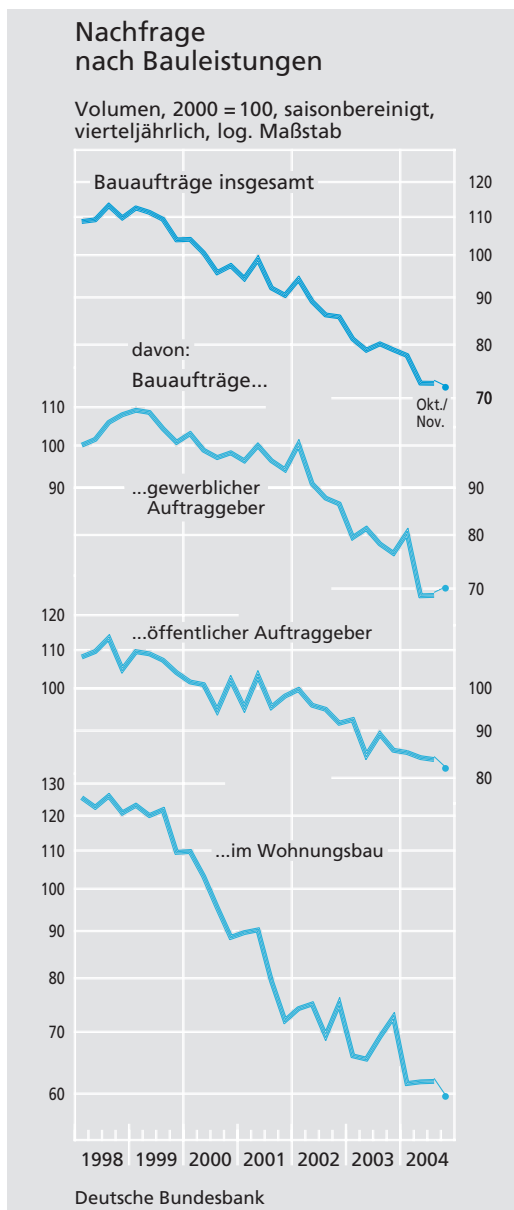
225 000 waren im Wesentlichen die Arbeitslos-Meldungen von ehemaligen, erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern, bei denen der Bezug von Arbeitslosengeld II eine Registrierung erforderlich macht. Bis Ende Januar erhöhte sich die Zahl der bei der Arbeitsverwaltung registrierten Arbeitslosen daher in den Ursprungswerten auf 5,04 Millionen. Konjunkturell ist die Arbeitslosigkeit weitgehend unverändert geblieben. Die Arbeitslosenquote nach der Rechnung der Bundesagentur erreichte saisonbereinigt 11,4 %.

Zur Aussagekraft der Arbeitslosenquote

Die starke Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit zu Jahresbeginn hat zu einer Diskussion über die richtige Interpretation der gemessenen Arbeitslosenquote geführt. Nach der derzeit geltenden Methode der Bundesagentur für Arbeit werden jene Personen als arbeitslos gezählt, die nicht oder nicht mehr als 15 Wochenstunden arbeiten, eine Arbeit mit einer größeren Stundenzahl suchen, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen und sich persönlich bei der Arbeitsverwaltung gemeldet haben. Allerdings haben Statistik-effekte bereits im Jahr 2003 eine erhebliche Rolle gespielt. Ab Januar 2004 werden Teilnehmer von Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos registriert. Die in den letzten Jahren vorgenommenen administrativen Maßnahmen und methodischen Umstellungen haben per saldo die analytische Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik verbessert, obgleich der Zeitvergleich hierdurch vorübergehend gestört wird. Allerdings bleibt die Quote aus einer ganzen Reihe von Gründen ein unvollkommenes Maß für den Umfang und die Schwere der chronischen Unterbeschäftigung in Deutschland.



Die Probleme am deutschen Arbeitsmarkt sind zudem zu vielschichtig, als dass sie mit einem Indikator erfasst werden könnten. So dürfte auch der Mangel an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen höher zu veranschlagen sein.



## Nachfrage

*Auftrags-  
eingang bei  
der Industrie...*

Die Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen hat sich im Dezember des vorigen Jahres wieder spürbar belebt. Im vierten Quartal insgesamt ging sie saisonbereinigt um knapp 2% über das Niveau des vorangegangenen Vierteljahres hinaus. Wie die Verringerung des Anstiegs im Vorjahresvergleich auf 4 ¼% gegenüber 5 ¾% im dritten

Vierteljahr zeigt, hielt sich die konjunkturelle Dynamik dennoch in Grenzen. Dies gilt umso mehr, als im Dezember eine ungewohnte Häufung von Großaufträgen zu verzeichnen war. Insbesondere Teile des Maschinenbaus und der sonstige Fahrzeugbau, in dem unter anderem der Schiffbau wie auch der Luftfahrzeugbau erfasst werden, waren betroffen.

Auf diese Branchen konzentrierten sich auch die großen inländischen Geschäftsabschlüsse. Insgesamt übertrafen die saisonbereinigten Auftragsgänge aus dem Inland im Mittel der letzten drei Monate des Jahres das Vorquartal um 3%. Die Verstärkung des Auftragsflusses wurde weit überwiegend von den Investitionsgütern getragen. Neben dem sonstigen Fahrzeugbau verzeichnete auch der Straßenfahrzeugbau eine deutliche Zunahme der Bestellungen. Im Bereich der Konsumgüter konnte die Auftragsflaute des Sommers wieder ausgeglichen und nahezu Anschluss an das Frühjahrsergebnis erreicht werden. Demgegenüber gingen die Bestellungen bei den Produzenten von Vorleistungsgütern im vierten Quartal nicht über das Sommerniveau hinaus.

*... aus dem  
Inland*

Auch die Nachfrage des Auslands nach deutschen Industrieerzeugnissen war saisonbereinigt im Herbstquartal höher als im Zeitraum Juli bis September, was ebenfalls mit zahlreichen Großaufträgen im Dezember zusammenhing. Diese führten insbesondere im Bereich der Investitionsgüter zu einer Zunahme der Geschäftsabschlüsse im Jahresschlussquartal insgesamt gegenüber dem dritten Vierteljahr. Deutlich verbessert hat sich zu-

*Zurückhalten-  
des Auslands-  
geschäft*

dem die Auftragslage bei den Konsumgütern. Mit einem saisonbereinigten Anstieg um 5 ½ % in den letzten drei Monaten von 2004 wurde das beste Quartalsergebnis im gesamten Jahr erreicht. Dies hat zu einer Kompensation der rückläufigen Bestellungen bei den Vorleistungsgütern beigetragen. Hier mussten speziell die Stahlhersteller Einbußen gegenüber den hohen Aufträgen im Sommer hinnehmen, während in der chemischen Industrie die Nachfrage nochmals zugenommen hat.

*Fortdauernde  
Nachfrageschwäche  
in der  
Bauwirtschaft*

Die Auftragslage in der Bauwirtschaft blieb bis zuletzt ungünstig. Hatte die Entwicklung der Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes während des Sommers noch auf eine allmähliche Stabilisierung hingedeutet, so war im November ein neuerlicher Rückgang zu verzeichnen. Saisonbereinigt wurde das schon niedrige Niveau des dritten Quartals im Mittel der beiden Herbstmonate Oktober und November um rund 1 ½ % unterschritten. Gegenüber dem Vergleichsstand des Vorjahres ergibt sich ein Minus von über einem Zehntel. Weitaus stärker fiel die Abnahme im Wohnungsbau aus. Hier verringerten sich die Aufträge binnen Jahresfrist um rund 18 %. Saisonbereinigt waren sie im Oktober/November um 4 % niedriger als im dritten Quartal. Mit saisonbereinigt lediglich noch 11 800 Einheiten haben sich die Wohnungsgenehmigungen im Einfamilienhausbau gegenüber dem letzten Höchststand aus dem Jahr 1999 nahezu halbiert. Im Geschosswohnungsbau sind die Anträge verglichen mit 1994, für das die ersten gesamtdeutschen Zahlenangaben vorliegen, inzwischen auf weniger als ein Fünftel gesunken. Im öffent-

## Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

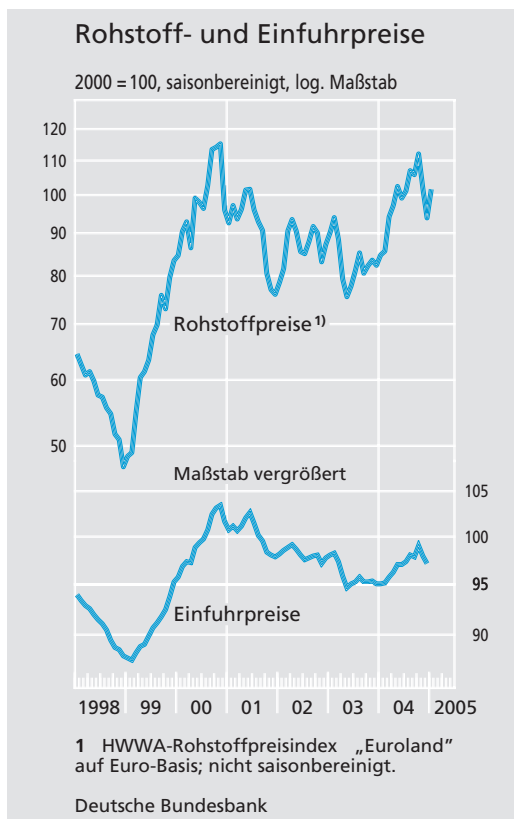
Position	2004			2005
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jan.
Nahrungsmittel	-0,3	-0,6	-1,0	-1,1
Gewerbliche Waren	1,8	1,6	1,8	1,4
darunter:				
Tabakwaren	12,2	12,2	16,2	24,3
Medikamente und therapeutische Geräte	23,2	23,2	23,1	5,4
Energie	4,9	6,1	7,1	5,3
darunter:				
Mineralölprodukte	7,7	10,3	11,2	5,9
Dienstleistungen	2,4	2,3	2,4	2,4
darunter:				
Ambulante und stationäre Gesundheitsdienst- leistungen	17,0	18,7	18,5	2,6
Mieten	1,0	1,0	1,2	1,0
Insgesamt	1,7	1,8	2,0	1,6
Insgesamt ohne Saisonwaren, Energie, Tabakwaren, Gesundheitspflege	0,5	0,5	0,4	0,7
Nachrichtlich:				
Harmonisierter Index	1,8	2,0	2,1	1,6

Deutsche Bundesbank

lichen Bau haben sich die Auftragsvergaben in den beiden Monaten Oktober und November saisonbereinigt um 2 ¾ % gegenüber dem Sommer verringert. Allein der gewerbliche Bau konnte sich behaupten. Nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen und der Arbeitstageeffekte kam es zu einem leichten Anstieg der Auftragseingänge. Wenngleich damit seit dem Frühjahr 2004 das Orderniveau weitgehend unverändert geblieben ist, zeigt das Minus im Vorjahresvergleich von 10 %, dass es auch in diesem Bereich zu starken Nachfrageeinschränkungen gekommen ist.

Günstiger sind die Nachfrageperspektiven bei den Unternehmensdienstleistern. Gemäß der Befragung durch das ZEW im vierten Quartal 2004 beurteilen die Unternehmen insgesamt

*Positive  
Nachfrage-  
perspektive bei  
manchen  
Dienstleistern*



die Auftragslage recht positiv. Allerdings gibt es größere Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen als in der Vergangenheit. Mit einer sehr günstigen Einstufung stehen die Firmen des Telekommunikationssektors an der Spitze, dicht gefolgt von den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern. Stark negativ sind demgegenüber die Erwartungen in den Architekturbüros sowie im Bereich technische Beratung und Planung. Dies dürfte mit den zurückhaltenden Investitionsaktivitäten in der Industrie sowie insbesondere bei Bauprojekten zusammenhängen.

## Preise

*Importpreise  
leicht rückläufig*

Der Preisanstieg in den letzten Monaten des vergangenen Jahres hielt sich insgesamt in

Grenzen. Während im Inland erneut steuerliche Einflüsse deutlich zu Buche schlugen, kamen von der außenwirtschaftlichen Seite eher dämpfende Effekte. Saisonbereinigt sind die deutschen Einfuhrpreise seit Oktober, in dem der letzte Höchststand erreicht wurde, leicht rückläufig gewesen. Im Dezember gingen sie kaum mehr über das Niveau vom Frühjahr 2004 hinaus. Die Vorjahrsrate verminderte sich von 4,1% auf 2,2%. Entscheidend hierfür war, dass Rohöl und Mineralöl-erzeugnisse, die zu Herbstbeginn um die Hälfte teurer als ein Jahr zuvor gewesen waren, preiswerter eingeführt werden konnten. Der Preisrückgang war immerhin so stark, dass die gegenläufige Bewegung bei Gas, das traditionell den Ölpreisen mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa einem halben Jahr folgt, überkompensiert wurde. Hinzu kam eine erste Abschwächung des Preisauftriebs bei Stahlerzeugnissen. Rohstoffe und Halbwaren sind daher insgesamt etwas billiger geworden. Bei den Fertigwaren hat das Preisniveau, das schon seit längerem unter dem des Vorjahres liegt, wohl nicht zuletzt wegen der Aufwertung des Euro weiter leicht nachgegeben.

Bei den Abgabepreisen der Industrie im Inlandsabsatz stand der Verbilligung der Energie die zweite Anhebung der Tabaksteuer gegenüber. Diese bewirkte, dass sich der Rückgang der Erzeugerpreise im Dezember nicht fortsetzte. Saisonbereinigt ergab sich vielmehr ein leichter Anstieg. Die Vorjahrsrate, die im November auf 2,8% gefallen war, erhöhte sich auf 2,9%. Ohne Tabakwaren gerechnet, ergibt sich ein Rückgang von 2,6% auf 2,4%. Dabei wirkte sich aus, dass

*Tabaksteuer  
treibt  
industrielle  
Erzeugerpreise*

die Verteuerung der Vorleistungen mit der Beruhigung der Stahlpreise zum Stillstand gekommen ist. Bei den übrigen Industrieerzeugnissen hielten sich die Preisveränderungen bis zuletzt in engen Grenzen. Investitionsgüter wie auch Konsumgüter (ohne Tabakwaren) waren im Dezember lediglich um 0,6 % beziehungsweise 0,5 % teurer als vor Jahresfrist.

*Höhere  
Baupreise*

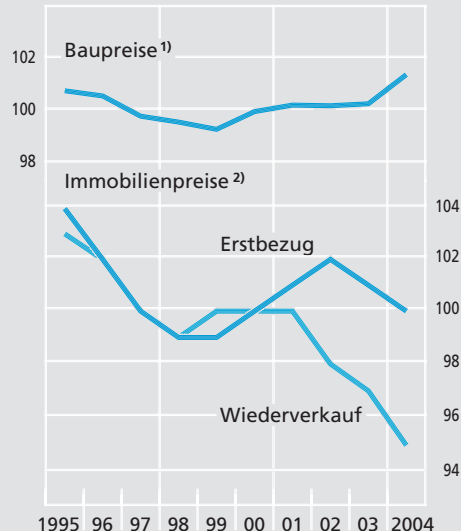
Die Preise für Bauleistungen, die nach längerem Stillstand im Frühjahr 2004 nach oben in Bewegung gekommen waren, haben sich auch im vierten Quartal nochmals leicht erhöht. Der Vorjahrsabstand der Baupreise insgesamt erweiterte sich auf 1,7 %. Insbesondere der Hochbau war betroffen. Bei Betriebsgebäuden mussten 2,6 % mehr bezahlt werden, für Bürogebäude waren es 2,0 % und im Wohnungsbau 1,7 %. Ein wesentlicher Kostenfaktor waren die spürbaren Preiserhöhungen für Stahlerzeugnisse. Da dies im Straßenbau weit weniger von Bedeutung ist, haben dort kaum Preisveränderungen stattgefunden.

*Nachgebende  
Immobilien-  
preise in 2004*

Die Immobilienpreise für Wohngebäude (Reihenhäuser und Eigentumswohnungen) sind nach den von der Bundesbank zusammengefassten Regionalangaben der BulwienGesa AG im Jahr 2004 weiter gesunken. Im Bereich des Erstbezugs beliefen sich die Preisabschläge wie im Vorjahr auf rund 1%, beim Wiederverkauf waren es sogar gut 2%. Gebrauchte Immobilien waren damit im letzten Jahr nicht teurer als 1993. Neu errichtete Häuser und Wohnungen konnten einschließlich Grundstück zu ähnlichen Kaufpreisen wie Ende der neunziger Jahre erworben werden.

### Bau- und Immobilienpreise in Deutschland

2000 = 100, Jahresdurchschnitte, log. Maßstab



1 Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamts. — 2 Reihen-  
häuser und Eigentumswohnungen; eigene  
Berechnungen auf Basis von Grunddaten  
der BulwienGesa AG.

Deutsche Bundesbank

Für die von den privaten Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen mussten im Januar dieses Jahres nach dem nationalen wie dem in der EWU Harmonisierten Preisindex 1,6 % mehr aufgewendet werden als zwölf Monate zuvor. Der Rückgang im Vergleich zum Dezember 2004, als die Veränderungsrate noch 2,1% beziehungsweise 2,2% betragen hatte, resultiert zu einem guten Teil aus dem Basiseffekt der Gesundheitsreform, die Anfang vergangenen Jahres preiswirksam geworden war. Hinzu kamen vergleichsweise geringe Preisanhebungen im Bereich der Nahrungsmittel sowie recht kräftige Preisrückgänge bei Bekleidung und Schuhen im Zusammenhang mit Sonderverkäufen. Verteuert haben sich hingegen Dienstleistungen. Hier hat sich insbesondere die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für ältere Fahrzeuge mit

*Verringerte  
Teuerung auf  
der Verbrau-  
cherstufe*

höherem Schadstoffausstoß sowie der Kfz-Versicherungen niedergeschlagen. Zudem sind die Preissenkungen für Pauschalreisen

und im Beherbergungsgewerbe geringer ausgefallen als in den vergangenen Jahren üblich.